

## Freiburger Erklärung zum Deutschen Bauerntag 2026 zur Zukunft der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik

Die deutsche Land- und Forstwirtschaft sorgt tagtäglich für Versorgungssicherheit, übernimmt Verantwortung für Familien und Mitarbeiter, Umwelt und Tiere und erhält und pflegt rund 80 Prozent der Fläche Deutschlands. Sie ist eine tragende wirtschaftliche Säule, die Arbeit für jeden zehnten Erwerbstätigen in Deutschland sichert. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist hierbei für Deutschland von unschätzbarem Wert und Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und unternehmerische Freiheit. Sie ist Grundlage für eine starke Landwirtschaft und ein starkes Land.

Der Deutsche Bauernverband bekennt sich zu Europa. Der Binnenmarkt, die Gemeinsame Agrarpolitik und stabile europäische Institutionen setzen den Rahmen für Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Investitionen in ländliche Räume. Die Bauern haben die europäische Einigung angeschoben, mitgetragen und gefördert. Auch zukünftig unterstützen die Landwirte eine Europäische Union, die für Frieden, Freiheit, Solidarität, Wohlstand sowie unternehmerische Freiheit steht und zugleich die europäischen und deutschen Bauernfamilien wertschätzt.

Jetzt gilt es, die Unabhängigkeit und Widerstandsfähigkeit der heimischen und europäischen Versorgung mit Lebensmitteln zu stärken. Als agrarische Gunstandorte tragen Deutschland und die EU besondere Verantwortung für eine stabile globale Agrarproduktion. Existenzbedrohende Marktentwicklungen und geopolitische Krisen machen deutlich, dass Lebensmittel, Agrarrohstoffe, Betriebsmittel und Energie keine Selbstverständlichkeit sind, sondern von strategischer Bedeutung. Eine leistungsfähige Landwirtschaft setzt den verlässlichen Zugang zu Düngemitteln, Pflanzenschutz, Saatgut, Futtermitteln und bezahlbarer Energie voraus. Politische Rahmenbedingungen müssen Produktion ermöglichen und Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam absichern.

Durch überbordende Bürokratie und stetig steigende Bewirtschaftungsvorgaben, die erhebliche Wettbewerbsverzerrungen und hohe wirtschaftliche Kosten verursachen, steht unsere Landwirtschaft enorm unter Druck. Die deutschen Bauern brauchen schnell wirksame Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit. Effektiver Bürokratieabbau erfordert auch Deregulierung durch das Streichen unpraktikabler und überzogener gesetzlicher und untergesetzlicher Vorgaben. In Handelsabkommen sind offensive Interessen im Agrarhandel durchzusetzen und sensible Produkte sowie europäische Produktionsstandards zu schützen.

Nicht zuletzt brauchen eine starke Landwirtschaft und resiliente ländliche Räume eine besondere Rolle im zukünftigen EU-Haushalt (MFR) und der Gemeinsamen Agrarpolitik. Mit den im Juli 2025 vorgelegten Vorschlägen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 und zur künftigen Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik hat die EU-Kommission eine Weichenstellung vorgenommen, deren Tragweite für Landwirtschaft, ländliche Räume und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa fatal sein würde. Gerade deshalb darf Europa tragende Politikbereiche wie Landwirtschaft und ländliche Entwicklung nicht strukturell schwächen.



Denn die GAP ist weit mehr als ein Ausgabenposten: Sie ist systemrelevante europäische Sicherheitspolitik – für Einkommenssicherung, Marktstabilisierung, verlässliche Lebensmittelversorgung und die Stärkung ländlicher Räume. Wer die GAP schwächt, riskiert Strukturbrüche, beschleunigt den Rückzug aus der Fläche und gefährdet die wirtschaftliche und soziale Stabilität ganzer Regionen.

Die deutschen Bauernfamilien fordern:

1. ein eigenständiges, verlässliches und inflationsfestes Agrarbudget in Höhe von 500 Milliarden Euro.
2. eine politisch klare Priorisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik im EU-Haushalt ab 2028, statt sie als Einsparreserve zu behandeln.
3. den Erhalt der GAP als eigenständige EU-Politik mit eigener Haushaltslinie – keine Auflösung in übergeordneten Fonds oder Partnerschaftsarchitekturen.
4. den Erhalt der Zwei-Säulen-Struktur – Direktzahlungen und ländliche Entwicklung müssen eigenständig, sichtbar und wirksam bleiben.
5. eine GAP, die Einkommen sichert – jede Maßnahme muss eine klare positive Einkommenswirkung entfalten, statt Pflichten ohne Perspektive zu stapeln.
6. die Ablehnung von Degression und Kappung und stattdessen die Weiterentwicklung der Erste-Hektare-Förderung.
7. faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt – gekoppelte Zahlungen sind zu begrenzen, nationale Sonderwege dürfen nicht zu Verzerrungen zulasten deutscher Betriebe führen.
8. echten Bürokratieabbau, der bei den Betrieben ankommt – einfache Regeln, verhältnismäßige Kontrollen sowie praxistaugliche Toleranz und Bagatellregelungen.
9. keine Überfrachtung der GAP mit fachfremden Instrumenten – die soziale Konditionalität ist zu streichen.
10. kein Ausschluss von diversifizierten Betrieben und Nebenerwerbsbetrieben, sondern Fortsetzung des Anerkennungssystems über die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.
11. die Stärkung der Junglandwirteförderung und Unterstützung von Unternehmerinnen in der Landwirtschaft.
12. keine zusätzlichen Anforderungen (z.B. Naturwiederherstellung/NRL, Klima oder Tierwohl) ohne eigene Ausgleichs- und Finanzierungswege außerhalb der GAP.

Die Entscheidungen zum MFR 2028-2034 und zur GAP ab 2028 werden die europäische Landwirtschaft und die ländlichen Räume für das kommende Jahrzehnt prägen – und damit Krisenfestigkeit, Investitionen, Betriebsfortführung, Generationenwechsel, Versorgungssicherheit und schließlich Wettbewerbsfähigkeit. Die europäischen Entscheidungsträger, aber auch Bundestag und Bundesregierung sowie die Länder tragen jetzt eine besondere Verantwortung: Deutschland muss seine Rolle als bedeutende Agrarnation fachlich fundiert und mit klarer Haltung wahrnehmen – und frühzeitig politisch gegensteuern, bevor Fehlentwicklungen verfestigt sind. Eine Schwächung der GAP hätte langfristige und irreversible Folgen. Eine starke GAP ist keine Vergangenheitspolitik – sie ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft, lebendige ländliche Räume und ein handlungsfähiges Europa.

